

JOURNAL DES OESTERREICHISCHEN LLOYD

TRIEST 1848

Nr. 143. 24. Juni 1848.

Die Deutschen im Osten Deutschlands.

△ Dass die Landkarte Europa's in naher Zukunft ein anderes Aussehen haben wird, als sie seit der diplomatischen Eintheilung dieses Welttheils gehabt hat, unterliegt keinem Zweifel; die Schöpfungen der Diplomatie gehen ihrem Untergange entgegen. Welche neuen Gestaltungen sich aber bilden und durch welchen Eintheilungsgrund sie bestimmt werden, das ist vor der Hand noch eine Sache der Vermuthung oder der Prophetie. Indeß sind es doch wiederum die Menschen, die je nach ihren Gedanken und Interessen die künftigen Verhältnisse vorbereiten und darauf hinwirken, daß sie so ausfallen, wie sie ihnen entweder am vernünftigsten oder am zuträglichsten und wünschenswerthesten erscheinen; aus den Plänen und Hoffnungen, welche die Menschen über die Zukunft fassen, gehen ihre Bestrebungen hervor, und diese haben immer auf die Bildung der zukünftigen Dinge mehr oder weniger Einfluß. Jetzt ist z. B. der Plan eines einheitlichen Deutschlands im Schwunge und erfüllt viele deutsche Seelen mit süßen Hoffnungen, ja wohl gar mit Träumereien von einem altfränkischen Kaiserthum. Die Frage läßt sich nicht mehr umgehen und es ist deshalb wichtig zu sehen, in welcher Weise sich verständige Männer über die zu erwartende Zukunft Europa's auslassen. Einen solchen Beitrag zur [300] „Reorganisation“ Europa's liefert ein kleines anonymes Schriftchen „Polen, Preußen und Deutschland,“ von dessen Entwürfen ich es der Mühe werth halte, einige Kenntniß zu geben.

Der Föderalismus ist eine höhere Form des Völkerlebens als der Centralismus. Denn die Föderation kann sich, wo es noth thut, namentlich in den Beziehungen nach außen, zeitweilig concentriren, so daß sie dann einer Centralgewalt gleichkommt; die Centralisation aber kann nicht umgekehrt eine föderative Gestalt annehmen. Der Föderalismus ist die Verfassungsform der neuen Welt und der Zukunft. Was insbesondere Europa betrifft, so muß Rußland von demselben geschieden werden; Rußland, ein ausschließliches Flachland, characterisirt durch die Wolga, welche dem asiatischen Steppengebiete zuströmt, gehört nicht zum eigentlichen Europa und muß als ein besonderes Mittelstück zwischen Europa und Asien angesehen werden. In dem eigentlichen Europa liegt Deutschland in der Mitte, und darum kommt ihm auch das Mittleramt zu, und zwar ausdrücklich nicht ein Herrscherthum, sondern nur ein Mittleramt, welches sich nach den Ideen eines mehr entwickelten Bewußtseins und nach der gegenwärtigen Lage der Dinge gestalten muß. Denn Deutschland ist kein Nationalstaat und kann es nie werden. Ein Blick auf die Sprachkarte zeigt, wie auf der östlichen Seite hier der Slavismus weithin bis an das Fichtelgebirge in das deutsche Element hineintritt, dort das Deutschthum sich längs der baltischen Küste weit über Polen hinwegzieht, so daß es dem östlichen Deutschland wesentlich ist sich mit slavischen Völkern zu verbinden. Gehören denn nicht jetzt Böhmen, Mähren, Kärnthen und Illirien zu Deutschland, und sind das nicht überwiegend slavische Landschaften? Sie sind aber in politischer Hinsicht Glieder des Reiches, und es gefährdet die deutsche Nation nicht, mit slavischen Völkern in einem Hause zu wohnen, so wenig als es unsere [301] Absicht sein kann und darf, die Nationalität der mit uns verbundenen Slavenvölker zu gefährden.

Dieses Deutschland verbindet sich nach Südosten hin, dem Laufe der Donau folgend, mit allen den Völkern und Stämmen, welche im Gebiete diese Stromes wohnen, von Wien aus bis zum Schwarzen Meere. Da steht also *Oesterreich* an der Spitze des großen *Bundesstaates der Donauvölker*. Die sind alle an Oesterreich gewiesen, weil jedes einzeln für sich allein kein besonderes Reich bilden kann, und weil sie mit der Civilisation des Westens nur durch Oesterreich in Verbindung stehen. Sie werden sich an Oesterreich anschließen und treu zusammenhalten, nachdem diese beschränkten und verwerflichen Ideen der *Beherrschung* des einen Volkes durch das andere abgethan sind, und jeder Theil sich in seiner Art und Weise frei entwickeln kann.

Dieser Vergesellschaftung der Donauvölker, welche durch Oesterreich mittelbar mit dem gesammten Deutschland verbunden sind, wird nach Nordosten hin ein *baltischer Bruderstaat* entsprechen. Denn, soweit die baltische Küste deutsch ist, – und der reicht nördlich bis zur Narwa –, so weit sind auch die Hinterländer auf eine engere Union mit dem nordöstlichen Deutschland, d. h. mit Preußen hingewiesen, wodurch ihnen allein die Verbindung mit der westlichen Civilisation eröffnet wird. Zwischen Düna, Niemen, Weichsel, Oder und den Landschaften der mittleren und unteren Elbe gibt es nirgends eine erhebliche Naturgrenze. Völker und Staatengrenzen haben sich auf diesem Gebiete unaufhörlich verschoben und verrückt; fortwährend hat man hier freundlich oder feindlich miteinander zu schaffen gehabt, und alles ist hier aufeinander hingewiesen. Daraus muß denn ein *baltischer Bundesstaat* hervorgehen, bestehend aus Preußen, Polen, Littauen Curland und Livland, ein Bundesstaat, der sich durch Preußen mittelbar an das gesammte Deutschland anschließen wird.

[302] So werden also Oesterreich und Preußen je ein Hauptglied des deutschen Föderativkörpers bilden, und das dritte Hauptglied sind die übrigen deutschen Staaten zusammengenommen. So wird von dieser deutschen Mittlerschaft aus das System der abendländischen Völker, einst im Mittelalter im Geiste der damaligen Zeit durch die Kirche, durch die Einheit in Kultur und der Lehre zusammengehalten, wiederum zu einer lebendigen Einheit erstehen, im Geiste der Zeit durch eine gemeinsame Civilisation verbunden, und durch einen gemeinsamen Weltberuf. Davon ist Rußland ausgeschlossen und wird fortan alles Einflusses auf die Angelegenheiten der europäischen Völker entkleidet, – eines Einflusses, der sich so verderblich erwiesen und der auch nur aufkommen konnte durch unsere eigenen Zerwürfnisse und durch die Ideelosigkeit der Zeit, die sich nicht über eine schale Cabinets- und Gleichgewichtspolitik zu erheben wußte. So nur konnte ein Barbarenreich zu diesen sinnlosen Prätensionen kommen, ein Wächter an dem Heiligthume der Civilisation sein zu wollen und in den Amphictyonen Europa's das große Wort zu führen.

Es handelt sich darum, ob Asien europäisch, oder Europa asiatisch werden soll. Und damit dieses letztere nicht geschehe, darf es kein Panslavenreich geben, sondern müssen sich die vorderen Slavenvölker an das westliche Europa anschließen. Rußland hat das mongolische, das asiatische Princip in sich aufgenommen; die Donauslaven und Polen aber haben den ursprünglichen slavischen Typus bewahrt, das Princip der individuellen Freiheit in sich lebendig erhalten und gehören deswegen zu dem eigentlichen Europa. Sie müssen daher sich an Deutschland anschließen, um ein Uebergangsgebiet zu bilden für den europäischen Geist. Und zu dem Zwecke muß der Föderativstaat der Donauvölker und der baltische Föderativstaat gebildet werden.

Der südöstliche Föderativstaat besteht im Grunde schon, [303] während sich der baltische erst bilden muß. In dem großen österreichischen Föderativstaat der Donauvölker werden die Donauslaven sämmtlich eintreten und mit ihnen auch die Walachen, welche gleichfalls in das abendländische Völkersystem und nicht in das russische oder asiatische gehören. Nur diejenige

Richtung, welche der Donaustaat gegen Süden hat, unterliegt jetzt harten Zweifeln. In Italien ist das Nationalitätsprincip mit Macht hervorgebrochen, Italien hat sich erhoben. Die Entscheidung des großen Kampfes wird nicht lange auf sich warten lassen. Für den Augenblick ist man für eine gründliche Untersuchung dem gewaltigen Eindruck des Moments preisgegeben. Gibt es doch nicht Wenige, welche die nahe Auflösung der gesammten österreichischen Monarchie in Aussicht stellen, die nach ihrer Meinung nur ein äußerliches, naturwidriges Aggregat ganz unzusammengehöriger Länder sein soll. Und in der That, die Verhältnisse sind augenblicklich verwickelt, die Aufregung ist allgemein; aber Oesterreich wird die Probe siegreich bestehen. Zweimal haben die Türken vor Wien gelegen, und zweimal ist Napoleon in die Kaiserstadt eingezogen, und doch hat sich Oesterreich immer wieder erhoben. Solche Stürme hat der alte Kaiserstaat bestanden, also muß es doch wohl ein tieferes Princip geben, welches diese Monarchie zusammenhält, die eine grundwesentliche Stellung in dem heutigen Staatensysteme einnimmt. Ungarn ist mit den deutschen Erbstaaten unauflöslich zusammengewachsen. Sehen wir nur auf die Sprachkarte. Da zieht sich die slavische Bevölkerung durch Böhmen und Mähren in einem breiten Gürtel in das nördliche Ungarn hinein. Und eben so ist es im Süden, wo sich von Kärnthen an durch das südliche Steiermark und Illirien ebenso das slavische Element durch Croatien und Slavonien in das südliche Ungarn verbreitet. So ist Ungarn wie durch zwei Klammern an die deutschen Erbstaaten gebunden; und diese hinwiederum sind alle durch tausendfache Bande mit [304] dem Erzherzogthum Oesterreich vereint. Wie sich um die Altstadt Wien die Vorstädte herumlagern, so lagern sich die österreichischen Länder um das Erzherzogthum und finden alle in der Kaiserstadt ihren Vereinigungspunkt. – Oesterreich ist in der That der *Donaustaat*; denn die Donaulande bilden den Kern. Aber es gehören noch zwei Seitenflügel dazu, und das sind *Böhmen* und ein Theil von *Oberitalien*. Böhmen ist für Oesterreich unentbehrlich, denn durch Böhmen berührt es das nördliche Deutschland, nimmt Theil an dem Gebiete der Elbe, und die Elbe weist auf die atlantische Welt hin. Diese Beziehung darf Oesterreich nicht fehlen. Wie aber Böhmen der nördliche, so ist die Lombardei der südliche Seitenflügel, und die Verbindung Oesterreichs mit Italien beruht auf tiefen Gründen.

Oesterreich hat hier die Erbschaft des alten deutschen Kaiserthums übernommen, welches nie von Italien lassen konnte. Das erste Auftreten der Germanen waren ihre Züge nach Italien. Diese Züge haben sich seit zwei Jahrtausenden fortwährend wiederholt und werden in veränderter Form immer stattfinden, eine Verbindung mit Italien wird irgendwie immer bestehen. Das deutsche Volk als ein *universales* Volk muß den europäischen Süden berühren, es muß den Boden der altclassischen Welt berühren. Und ebenso bedarf dieser altclassische Boden Deutschlands. Man lasse sich nicht durch das Aufbrausen des Nationalgeistes blenden. Dieses leichtbewegliche Volk, welches heute den Deutschen Tod schwört, wird sie vielleicht morgen selbst herbeirufen. Jetzt grade, meinen die Italiener, sei der rechte Zeitpunkt zur Errichtung eines Nationalreichs. Und ganz dasselbe hat vor mehr als dreihundert Jahren schon Macchiavell gesagt; er hat sich damals getäuscht, und man wird sich jetzt täuschen. Eine italienische Republik oder ein italienischer Föderativstaat wird nie von Dauer sein, wenn es augenblicklich dahin kommen sollte. Italien ist kein politisches Land. Der große Dante selbst hat [305] es seinen Landsleuten gesagt, daß sie Deutschlands bedürfen. Und die Italieneer sind noch dieselben, die sie damals waren.

Der österreichische Föderativstaat wird also bestehen und die Trennungsgelüste werden verschwinden. Denn man verwechsle nicht Oesterreich mit der Metternich'schen Politik, mit dem Stabilismus und dem Polizeiregiment der gestürzten Regierung, welche Oesterreich so unbeliebt gemacht hat.

So gewiß aber der österreichische Föderativstaat bestehen wird, so gewiß wird sich der baltische Föderativstaat bilden. Polen muß mit Preußen in eine Union treten, dem einen und selbigen Könige huldigen, der abwechselnd in Berlin und in Warschau residiren wird. Denn die Errichtung eines eigenen Polenreiches ist mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft. Erstlich müßten die Polen, um ein besonderes Reich zu bilden, die Küste gewinnen, und dazu wäre ein Krieg zwischen Polen und Preußen unvermeidlich. Beide, getrennt, müßten sich gegenseitig aufreiben. Das eigene Interesse Polens fordert aber, daß es Frieden mit Preußen habe, weil es nur durch Preußen mit der Civilisation des Westens verbunden ist. Sodann würde, was immer man für eine Regierung in Warschau errichten möchte, diese von den Parteien als eine bloß factische Macht angesehen werden, die man jeden Augenblick wieder zu stürzen bereit ist. Darum erfordert es die Wohlfahrt Polens, sich an eine bereits bestehende und befestigte Regierung anzuschließen, und nur die Verbindung mit Preußen kann Polen vor einem Bürgerkriege bewahren. Endlich aber fehlt den Polen das bürgerliche Element, was sie durchaus nicht entbehren könnten, wenn sie ein eigenes Reich unter den Formen der westlichen Civilisation bilden wollten. Diese Richtung ist ihnen aber durchaus fremd, und sie würden es darin doch nur zur Mittelmäßigkeit bringen können. Man betrachte den Zustand des polnischen Volkes und man wird zugestehen, das sich da alle Kräfte [306] auf die Regulirung der agrarischen Verhältnisse, auf die Entwicklung des Ackerbaues, auf die Veredlung des Landlebens richten müssen; denn darin liegt allein der Keim der ganzen, socialen, sittlichen und geistigen Ausbildung dieses Volkes. Um aber in dieser Richtung mit Sicherheit verfahren zu können, bedarf Polen einer festen organischen Verbindung mit Preußen und mittelbar mit Deutschland, um für seine überflüssigen Naturproducte die ihm mangelnden Manufacten eintauschen zu können. Dann wird Polen, durch Preußen und Deutschland, mit dem System der westlichen Völker verbunden, bei denen allen mehr oder weniger das gewerbliche Leben überwiegt und die Agricultur selbst einen industriellen Character angenommen hat, als das einzige wesentlich ackerbauende Volk in diesem Systeme dastehen. Und man wird nicht sagen können: Preußen beherrscht Polen; wohl aber: Polen hat in dem einen und selben Königthume mit Preußen ein gemeinsames Centrum der öffentlichen Ordnung und Organisation.

Polen als ein Reich hatte seine Bedeutung in dem Kampfe gegen die Tartaren und Türken, gegen den Islam, es galt als eine Vormauer der Christenheit. Dieser Kampf war damals ein Weltprincip und Polen, demselben dienend, war ein angesehenes Reich. Seit Sobieski gab Polen den Türkenkrieg auf, die Türkenmacht selbst verlor ihr Bedrohliches für Europa und mit ihr verfiel die polnische Macht. Der ganze Fond zu einer politischen Entwicklung ist erschöpft, der Staat als solcher gänzlich erstorben. Was ist geblieben? Die *Nation*. Diese Nation bildet ein Glied des großen Völkerorganismus; sie hat ihre eigenthümlichen Anlagen, die sich entwickeln müssen; sie hat ihren Beruf, den sie erfüllen muß. Aber sie kann aus sich selbst kein neues Staatswesen hervorbringen, sie kann sich nicht allein regieren. Wer sollte denn regieren? Der Adel? Er hat seine Unfähigkeit hinlänglich documentirt, er hat sein Regierungsrecht verwirkt. Bleibt nur der Bauernstand [307] übrig, denn einen Mittelstand gibt es nicht. Aber der bildet bis jetzt nur eine wüste Masse, die man allerdings fanatisiren kann und dann wird diese Masse vielleicht den Adel todt schlagen, oder sie wird auch die Russen, die Deutschen und die Juden todt schlagen; – aber eine geordnete politische Thätigkeit ausüben, die Staatsgeschäfte leiten, das kann sie nicht. Sie müßte dazu erst erzogen werden. Und eben deshalb ist eine fremde Mittlermacht nöthig, welche der ganzen Entwicklung Maß und Haltung gibt. – Den Adel ausrotten, sagen die polnischen Aristokraten, heißt, die Nation vernichten; denn unser Adel ist der Träger aller unserer geschichtlichen Ueberlieferungen, ohne welche eine Nation nichts ist. Und sie haben recht. Aber dieser Adel, sagen die Demokraten, darf nicht regieren, das Volk muß erhoben werden. Und sie haben

auch recht. Allein das Volk ist bloße Masse und zwar eine regierungsunfähige Masse. An diesem Dilemma scheitern alle Versuche. Die früheren aristokratischen Aufstände sind mißglückt und die demokratische Bewegung wird ebenfalls unterliegen. Darum ist eine Mittlermacht unentbehrlich, Preußen kann und muß das Mittleramt ausüben, um die Ansprüche zwischen Adel und Bauern auszugleichen, die Elemente der Nation zu erhalten und zu einem neuen Leben zu entwickeln.

Deutschland kann, seinem Wesen nach, kein reiner Nationalstaat sein; es muß sich nach der östlichen Seite hin mit fremden Elementen verbinden. Unsere Ströme fließen alle nach Nordwesten, bis auf die Donau, die uns nach dem Orient hinweist. Wir haben nur im Norden eine Küste und berühren im Süden nur an Einem Punkte das Adriatische Meer. Es fehlt uns das untere Donauland und das schwarze Meer. Da liegt die Küste, welche der *baltischen* Küste als die *Gegenküste* entspricht. Das große Donauthal bildet die Basis für das norddeutsche und sarmatische Flachland, welches ebenso für sich unvollständig [308] ist. Schon im Alterthume ging die Handelsstraße vom schwarzen zum baltischen Meere. Die müssen wir wieder herzustellen versuchen. Der Rhein und die Donau müssen von Mündung zu Mündung eine Handelsstraße bilden. Dann wird auch das ganze Gebiet, welches zwischen diesen großen Straßen liegt, seinen natürlichen Reichthum entwickeln. Der östliche Theil dieses Gebietes erzeugt einen Ueberfluß von Naturproducten, der westliche hingegen Manufacte. Beide ergänzen sich. Was ist das jetzt für ein Zustand? Unsere Fabriken stocken und unsere Arbeiter hungern; kommen wir aber in die Donauländer und in die sarmatischen Länder, da finden wir große Strecken des fruchtbarsten Bodens unbebaut, das Volk in Lumpen gehüllt und in schmutzigen Hütten wohnend. Also unsere Manufacte werden diese Leute bekleiden und ihnen menschliche Umgebungen verschaffen; sie aber werden unsere Arbeiter ernähren und dabei ihren eigenen Landbau befördern. Ungarn erzeugt die edelsten Producte und könnte sie in doppelter Menge erzeugen, wenn sie nur Absatz fänden. Nun so vereinigen wir uns doch, wobei wir noch obendrein ein ganzes Heer nutzloser Mauthbeamten ersparen! Auch Polen hat seine reichen Schätze; aber sie werden schlecht benutzt, und das Volk ist arm und elend. Nur allein das polnische Salz könnte in dreifacher Quantität gewonnen und für die Gewerbe und Agricultur verwandt werden; Felder und Wälder könnten das Doppelte liefern; der Handel in Hanf, Flachs, Leder, Talg und Wachs könnte einen höheren Aufschwung nehmen. Die extremen Schwankungen der Getreidepreise, die verderblichen Stockungen der Fabriken verschwinden; auf diesem großen Gebiete gleicht sich alles mehr aus: denn es wird da nicht leicht einen allgemeinen Mißwachs geben. Und da man im östlichen Theile dieses Gebiets auf Verkauf producirt, so wird man große Magazine haben, und der Ausfall eines Jahres wird durch den Ueberschuß anderer Jahre gedeckt. [309] Es giebt keine Hungersnoth mehr. Steigen dann gleichwohl die Getreidepreise, so wird man im Osten mehr verdienen und dann mehr Manufacte des Westens consumiren, wodurch sich der Westen wieder entschädigt. Jetzt ist es nicht so. Steigen die Getreidepreise, so stocken oft zugleich die Fabriken; und das rührt daher, daß wir kein *naturgemäßes Verkehrsgebiet* haben.

Dies aber kann Deutschland nicht allein bilden; es kann nur durch die Föderation gebildet werden. Also ein großes vereinigt Deutschland, nach Osten hin selbst wiederum durch Preußen und Oesterreich mit Föderativstaaten verbunden, und demnach ein großes föderatives Ländergebiet von jenseits der Schelde bis jenseits der Düna, und von den Schweizerbergen bis zum Pontus.

Der Kindersegen.

△ Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und es ist auch dafür gesorgt, daß nicht mehr Menschen leben, als da Nahrung finden; aber es ist nicht dafür gesorgt, daß nicht mehr Menschen geboren werden, als von den vorhandenen Lebensmitteln leben können. Darum müssen die überzählig Geborenen aus Mangel an Nahrungsmitteln sterben, sterben entweder wie in China durch den dort üblichen Kindermord, oder sterben wie in Europa durch Elend und Verkümmern. Malthus hat die berüchtigte Verhältnissberechnung zwischen der Vermehrung der Geburten und der Vermehrung der Lebensmittel aufgestellt, wonach jene eine geometrische, diese eine arithmetische Reihe bildet; er hat damit die Uebervölkerungsfrage so stark hervorgehoben, daß sie seitdem nicht mehr übersehen werden konnte, und immer von Neuem wieder auf's Tapet kam. Man fand es unerträglich, daß die Natur, [310] wie es seit Jahrtausenden der Fall war, sich selbst helfe, indem sie die überflüssigen Menschen gleich jenen Seidenwürmern, die früher auskriechen, als die Maulbeerbäume Blätter getrieben haben, verhungern läßt, und man wußte doch auch kein Mittel, der Natur für den Fall einer ungehemmten Geburtsprogression die nöthige Fülle von Nährstoffen abzugewinnen. In dieser Verlegenheit nahm man seine Zuflucht zur Moralität der Menschen, zum moral restraint, zur moralischen Selbstbeschränkung: man appellirte an die *Entsagung*.

Wie man auch über den Werth der Entsagung denken mag, der Erfolg dieser Theorie hat wenigstens gezeigt, daß die Theoretiker wie immer im Abstracten stecken blieben und sich die Sache durch ihre rigorose Zumuthung nur leicht gemacht hatten. Die Menschen wurden trotz aller Ermahnungen keine Engel, und setzten nach wie vor mit größtem Leichtsinne Kinder in die Welt, Kinder, welche aus Mangel an Unterhaltungsmitteln nothwendig verkümmern und nach langsamer Verhungern eines „natürlichen Todes“ sterben mußten.

Als man sah, daß die Entsagungslehre nicht durchschlug, und die Menschen wenig Geneigtheit zeigten, sich selbst Zwang anzuthun, dachte man daran, ihnen gegen ihren Willen Zwang anzuthun. Ohnehin waren schon unzählige Menschen, z. B. Soldaten, Gesellen, Dienstboten u. s. w. durch ihren Stand zur Ehelosigkeit genöthigt; es durfte daher nur dafür Sorge getragen werden, daß auch durch die Unehelichkeit keine überschüssige Volksvermehrung entstände. Die Theoretiker fügten also zum moralischen Zwange – dem Malthus'schen moral restraint – den physischen Zwang hinzu. C. A. Weinhold ist der bekannteste dieser Theoretiker. Er ereiferte sich in den letzten zwanziger Jahren außerordentlich über die „Uebervölkerung in Mitteleuropa“ und war ehrlich und entschieden genug, um mit seinem unbarmherzigen Radicalmittel offen herauszurücken. Da [311] diese Heilmethode, die Infibulation, nur die practische Ergänzung zur Entsagungslehre ist, so wird es nicht uninteressant sein, sie hier in kurzen Zügen so darzustellen, wie sie Weinhold sich dachte und der Welt in mehreren Schriften eifrigst anempfahl. Sie bildet das zweite Stadium der Uebervölkerungsfrage. Weinhold schließt in einer populär-philosophischen Einleitung seinen Rath genau an die Entwicklungslehre an; er sagt: „Es ist letzter Zweck der Schöpfung, den moralischen Gesetzen alles unterworfen zu sehen. So wie das Individuum für sich selbst im Besonderen, so muß auch die ganze civilisierte Menschheit im Allgemeinen, welche durch weise Lehrer und Gesetzgeber über sich selbst bereits zum wahren Bewußtsein gebracht worden ist, mit ihrer Freiheit den Kampf beginnen gegen solche Erscheinungen einer bloßen Naturnothwendigkeit, welche sie mit den Thieren auf gleiche Stufe stellt (die Geschlechtsfunction nämlich); sie muß frei sein, den rechten Gebrauch einer moralischen Freiheit ernstlich

wollen, wenn sie ihr Glück und das Glück der werdenden Geschlechter dauernd begründen will.“ Der Unterschied zwischen der ersten und dieser zweiten Entsagungslehre ist nur der, daß dort das Individuum die Entsagung, wenn auch im Sinne der Menschheit oder Humanität, doch mit sich selbst abzumachen hat, während hier „die Menschheit“ das Entsagung übende Subject ist; die Menschheit aber muß natürlich die einzelnen widerspenstigen Individuen – zwingen, wenn sie nicht freiwillig im Sinne der Menschheit leben. Man kann nicht sagen, daß Weinhold hierin irgendwo vom sittlichen Principe abweiche; die sittlichen Mächte, wie Kirche, Staat, Gemeinde u. s. w. unterwerfen stets diejenigen Individuen, welche sich den sittlichen Gesetzen nicht gutwillig fügen, einem unerbittlichen Zwange, lebenslänglicher Einsperrung u. dergl. Im Bewußtsein seiner sittlichen Berechtigung geht Weinhold daher auch zur unverschleierte Darlegung seines Planes fort und sagt: „Ich [312] schlage als eine allgemeine und dringend nothwendige Maßregel eine Art von unauflösllicher Infibulation mit Verlöthung und metallischer Versiegelung vor, welche nicht anders als nur gewaltsam geöffnet werden kann, ganz geeignet, den Zeugungsact bis in die Ehe zu verhindern“. Es folgt nun die Beschreibung dieses Schlosses, dessen gewaltsame Eröffnung mit Ruthen, mit der Trebmühle, und mit hartem Gefängniss bestraft werden soll. Diese Infibulation soll den Knaben vom vierzehnten Lebensjahre an angelegt und bis zum Eintritt in die Ehe bei solchen Individuen angewendet werden, welche erweisbar nicht so viel Vermögen besitzen, um die außerehelich erzeugten Wesen bis zur gesetzmäßigen Selbständigkeit ernähren und erziehen zu können. „Sie verbleibe aber bei denen *zeitlebens*, welche niemals in die Lage kommen, eine Familie ernähren und erhalten zu können.“ Und dieses gute Werk soll man bald beginnen und besonders damit anfangen

1) „Daß allen Bettlern und andern außer der Ehe lebenden, verarmtesten Menschen, welche sich kaum selbst, am wenigsten aber noch ein Kind ernähren können, die Menschenerzeugung durch Infibulation unmöglich gemacht werde.

2) Muß ebenso allen arbeitsunfähigen, an langwierigen Krankheiten leidenden Menschen, welche bereits Almosen von den Communen erhalten, die Ehe versagt und die Infibulation angelegt werden.

3) Infibulire man sämmtliche männliche Dienstboten, Gesellen und Lehrlinge in den Städten und auf dem Lande und gestatte ihnen die Ehe nicht eher, als bis sie im Stande sind, außer sich auch Frau und Kinder ernähren zu können, halte sie unter strenger medicinal-polizeilicher Aufsicht durch öftere und unvermuthete Visitationen, wegen heimlicher Eröffnung der metallischen Versiegelung und wende im Uebertretungsfalle die angezeigten Strafen ohne alle Ausnahmen ernstlich an.

[313] 4) Alle unverheiratheten Militärpersonen in den untern Graden werden ohne Ausnahme infibulirt.

5) Da in freien Staaten Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze stattfinden muß, so kann die vornehme und oft sehr ausgelassene Jugend der Eximirten, insofern sie die Grenzen der Sittlichkeit überschreitet, nicht befreit bleiben, sondern wird sich mit einigen Modificationen den gleichen Gesetzen unterwerfen müssen.“

Solche Rathschläge konnte dieser Mann nur in dem Bewußtsein geben, daß er dadurch das Reich der Sittlichkeit und der Vernunft stärke. Er beschränkt mit dem gefühllosesten Sittlichkeitsfanatismus die Freiheit, aber er beschränkt sie, „weil alles Unglück in der Welt durch den unregelmäßigen Gebrauch der Freiheit der Menschen entsteht.“ Auch waren seine Schriften dem dama-

ligen Zeitgeiste gar nicht fremd; er widmete sie dem preußischen Staatsministerium, dann dem Minister Altenstein und schliesslich dem Könige Friedrich Wilhelm III. selbst und sie wurden huldreich aufgenommen. Wie sollten sie dies auch nicht? Waren sie doch die, wenn auch derbe, so doch richtige Consequenz des *Polizeistaates*, der zu Nutz und Frommen der Menschheit die lebendigen Menschen in allerlei Weise infibulirte.

Indeß wie alle Tyrannei, wenn sie gar zu grell und handgreiflich auftritt, dem sonst höchst un-terthänigen Menschen mit einem Male verabscheuungswerth erscheint, so empörte auch diese nackte moralische Tyrannei ebendieselben Menschen auf's Aeüßerste, die es ganz gelassen mit ansehen konnten, daß theils ausdrückliche Verbote mit Heirathsbeschränkungen, theils die bittere Noth vielen Millionen von Menschen das Heirathen unmöglich machten, und daß Millionen Kinder durch den Nothstand ihrer Eltern offenbar dem Tode geweiht wurden.

Weinhold – der übrigens nicht bloß Gegner, sondern auch Freunde in der literarischen Welt fand – konnte mit [314] seinen Polizeimaßregeln nicht durchdringen. Aber die Noth der Uebervölkerung dauerte fort, gleichviel, ob des Volkes nur darum zu viel wurde, weil nicht Arbeit genug für dasselbe zu beschaffen war, oder ob wirklich – was von manchen Seiten bestritten wird – mehr Menschen erzeugt wurden, als selbst bei der vortrefflichsten Bodencultur Nahrungsstoffe sich erzielen ließen. Wie also der Uebervölkerung steuern, ohne entweder auf die freiwillige sittliche Entsamung der Menschen, oder auf Polizeimaßregeln sich zu stützen?

Vielleicht vermöchte die Klugheit, meinte man, was der moralische und polizeiliche Zwang nicht zu Wege bringen konnte. Man dachte also auf Mittel, welche es den Menschen leicht machen sollten, die Zahl der Kinder auf das richtige Maß zu beschränken. Hiermit verließ die Frage den sittlichen und polizeilichen Standpunkt und wurde zu einer Sache des individuellen Interesses. Wer den Kindersegen in seinem Hause nicht zu seinem eigenen Verderben überhand nehmen lassen will, der soll ihm klügerer Weise Grenzen setzen. Ob es im Interesse der Menschheit oder des Staates liegt, daß der Kindervermehrung nicht Einhalt gethan werde, ist für diesen Standpunkt gleichgültig; das Ehepaar kümmert sich bloß um das Bedürfniß des eigenen Hauswesens und faßt seinen Entschluß nach Maßgabe der *Privatöconomie*.

Dem steht nur entgegen, daß die Gesellschaft sich jederzeit mit allen Kräften dagegen sperrt, irgend eine Sache, in welche sie sich gemischt hat, zur reinen *Privatsache* herabsinken zu lassen. Im Geheimen mögen die Einzelnen wohl immer schon die Kinderangelegenheit vom privatöconomischen Gesichtspuncte aus behandelt haben; aber öffentlich will die Gesellschaft dazu nicht ihre Sanction ertheilen. Das Ding ist delicat, wurde aber doch in Schriften unter der Aegide der Wissenschaft gefördert.

Schon Fourier wies darauf hin, daß eine überreichliche [315] Nahrung, gleichsam eine Mästung, die Unfruchtbarkeit erzeuge. Da aber die Vervielfachung der Lebensmittel, welche er der Welt verhieß, noch im Schooße der Zukunft ruhte, so konnte dieses Mittel dem gegenwärtigen Leiden nicht abhelfen. Loudon (*Solution du probleme de la population et des subsistances*) suchte nachzuweisen, daß zwischen der Thätigkeit des Uterus und der weiblichen Brüste ein solcher Antagonismus stattfindet, daß das Weib während der Säugung nicht empfangen könne. Da aber das Säugen naturgemäß drei Jahre dauern müsse, so werde hierdurch die Empfängniß sehr beschränkt. Bischof („Beweis der von der Begattung unabhängigen periodischen Reifung und Lösung der Eier der Säugethiere und der Menschen.“ Gießen 1848) sagt: „Es ist eine längst bekannte Thatsache, daß Frauen am leichtesten unmittelbar nach der Menstruation concipiren, und es fehlt selbst nicht an Beispielen, daß dieses bei einigen nur bei der Menstruation erfolgte.“ Tritt

also, das ist die Folgerung, eine acht- oder vierzehntägige Unterbrechung ein, so ist der Sexualact unfruchtbar, und das Weib hat durch diese Rücksichtnahme die Empfängniß in ihrer Gewalt. Proudhon citirt in seiner Philosophie de la Misère (II. 453) das System des Dr. G., „eines übrigens sehr rechtschaffenen Mannes“, das System der Extraction des Fötus, aus welchem in Paris Chirurgen ein eigenes Gewerbe machen, und das auch sonst von alten Weibern und Aerzten ausgeübt wird. Der Dr. G. sucht diese Fruchtabtreibung wissenschaftlich zu vertheidigen.

Endlich hat in der neuesten Zeit, die aller Heimlichkeit gram ist und die Devise aufsteckt: „Alles für das Volk“, Held, der Redacteur der Locomotive, einer „Zeitung für die politische Bildung des Volkes“, die Sache so wieder aufgenommen, daß er sie als eine „Sache der Freiheit“ verfiicht. Wir halten es, sagt er, für civilisirter, die Uebervölkerung dadurch zu vermeiden, daß die Empfängniß dem Willen der Ehegatten unterworfen wird, als sie dadurch [316] zu vernichten, daß man Krieg und Seuchen herbeiruft. Denn in dem ersteren Falle wird nur ein Leben nicht gegeben, in dem letzteren aber wird ein bereits im Lebensgenusse stehendes Leben vernichtet. Man wird nach dem künstlichen Mittel dazu fragen, und dabei müssen wir denn freilich auf die Resultate der Wissenschaft verweisen, indem wir nur bemerken, daß es – soviel uns bekannt geworden – unter den homöopathischen Arzneikräften, welche bekanntlich unschädlich sind, allerdings einige gibt, durch deren Anwendung oder Nichtanwendung die Empfängniß ganz in den Willen der Ehegatten gelegt werden kann. Ein Staat, welcher in dem Menschen etwas anderes sieht, als „Futter für's Pulver“, wird keinen Augenblick anstehen, die Autorisation dazu zu ertheilen. Denn eine Entvölkerung wird dadurch schon aus dem einfachen Grunde nicht zu befürchten sein, weil die Natur in die Brust jedes Menschen das Verlangen nach Kindern gelegt hat. – Eine solche Lehre, mitten ins Volk hineingeworfen, mußte natürlich die größte Anfeindung erfahren; diese aber konnte wieder keine andere Folge haben, als daß Held zu seiner Vertheidigung die Sache noch weiter verfolgte. Es ist, erwiderte er, bei der wissenschaftlichen Lösung eines socialen Problems völlig unangemessen, auf dem Boden einer positiven Religion, eines positiven Gesetzes oder einer positiven Sitte zu stehen. Die wissenschaftliche Forschung muß frei sein von diesen Schranken, da sie es ja gerade ist, aus welcher erst die Religion, das Gesetz oder die Sitte hervorgehen. Alle Einwendungen also, welche man vom religiösen, oder sittlichen Standpunkte aus erheben möchte, fallen hiermit von vorn herein zu Boden. Aber noch mehr! Fassen wir den Begriff der Sittlichkeit von der geistigen Seite auf, so wird sich die Wahrheit ergeben, daß die höchste Sittlichkeit in der rechtlichen Ausübung der höchsten *Freiheit* liegt. Was aber entspricht nun der Freiheit und also der Sittlichkeit mehr: wenn der Mensch in dem wichtigsten [317] Acte seines Lebens mit der Freiheit des Willens und des Bewußtseins, oder als Slave der Natur handelt? Die willen- und bewußtlose Erzeugung stellt den Menschen in die Kategorie der unvernünftigen Thierwelt; die willkürliche und bewußtvolle läßt ihm seine unveräußerliche Stelle als vernünftiges Wesen über der Thierwelt. Es ist also klar, daß die Willkür der Zeugung dem sittlichen Principe entspricht, daß sie der Menschenwürde angemessen ist. – Was die Mittel betrifft, so behauptet Held, daß die Wissenschaft auf dem Punkte stehe, die Mittel zur willkürlichen Vermeidung der Empfängniß zu ergründen. Er „fordert daher die Männer der Wissenschaft auf, dieser für die Lösung der socialen Frage so überaus wichtigen Materie ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden, und die Resultate ihrer Forschungen mit derselben Furcht- und Rücksichtslosigkeit zu veröffentlichen, mit welcher er selbst die Frage angeregt hat.“

Dieß ist der gegenwärtige Stand der Zeugungsfrage. Nachdem sie vom Standpunkte der Menschheit aus als eine „Uebervölkerungsfrage“ behandelt worden ist, ist sie nun vom Standpunkte des Einzelnen aus zu einer „Empfängnißfrage“ geworden. Die Angelegenheit der

Menschheit hat sich in eine Angelegenheit des Haushalts verwandelt. Malthus stellte den sittlichen Menschen zum Wächter über die Sache; dann wurde der Staat oder die Staatspolizei mit der Ueberwachung beauftragt; endlich „bettet sich Jeder selbst am Besten,“ wobei dann natürlich eine solche Rücksicht, wie sie z. B. Baltisch, ein Anhänger des Malthus (in seinem Buche: „Eigenthum und Vielkinderei, Hauptquellen des Glücks und des Unglücks der Völker 1846“) gegen die Vielkinderei geltend macht, daß „dieselbe das Uebel ist, woran das alte Europa am meisten leidet, und die Quelle der meisten Uebel, welche uns in der Völkergeschichte als Ungerechtigkeiten erscheinen,“ unbeachtet bleibt; denn nicht, daß Europa, sondern daß ein Haushalt darunter leidet, ist auf diesem Standpunkte entscheidend.

[318] Allerdings wird die Gefahr der Uebervölkerung von Manchen für ein bloßes Hirngespinnst erklärt, und der oben citirte Proudhon z. B. bestreitet geradezu das Malthus'sche Verhältniß von Bevölkerungs- und Productionsvermehrung, indem er behauptet, der Reichthum wachse wie das Quadrat der Arbeitszahl (*La richesse croît comme le carré du nombre des travailleurs*). Allein erstens ist das eine Spiegelfechtereie mit dem Worte *richesse* oder *Production*, da es sich nicht um die Vermehrung der Arbeitserzeugnisse, sondern um die der Lebensmittel, also nicht um die *Production* überhaupt, sondern um die der Lebensmittel handelt, und zweitens ist die Frage, ob der Menschen jemals zu viel werden können, eine abstracte Menschheitsfrage, deren Entscheidung dem Einzelnen in seiner wirklichen Noth nichts helfen kann. Wenn auch die Menschheit an einem Dutzend Kinder jedes Ehepaares nicht zu viel hätte, so könnte doch manches Ehepaar daran zu viel haben, und hat wirklich daran zu viel, wie man sich alle Tage in seiner Umgebung hinlänglich überzeugen kann. Dieser Widerspruch zwischen dem, was die Menschheit (oder im Kleineren ein Staat, eine Gesellschaft), erträgt, und dem, was ein wirklicher Mensch ertragen kann, hat zu der oben gegebenen Entwicklung der Zeugungsfrage geführt, die allmählich aus einer Humanitätssache zu einer Sache des persönlichen Interesses geworden ist. Ob sie dabei gewonnen, ob verloren hat, das ist nach einem *fait accompli* eine müßige Untersuchung, wie ja überhaupt alles Moralisiren in weltgeschichtlichen Dingen sich unfruchtbar erweist.

Nr. 177. 3. August 1848.

Die Marine.

Δ Das Verlangen nach Seemächtigkeit kann nur in solchen Zeiten ernstlich aufkommen, wo der Mangel einer [319] Seemacht Gefahr und Noth erzeugt. Hätten die Deutschen jetzt in den nördlichen Meeren auch nur eine kleine Kriegsflotte, so würde das winzige Dänemark nicht die Küsten blockiren und den Handel hemmen können, während sie nun fast darauf angewiesen sind, wie jene Indianer an der amerikanischen Küste zu verfahren, die mit einem bloßen Schwerte bewaffnet, in die See springen und den Haifisch in seinem ihm allein eigenen Elemente angreifen, wobei natürlich der Mensch mehr Gefahr läuft zu unterliegen als der Fisch. Und hätte Oesterreich seine Flotte mehr mit Deutschen besetzt, so hätte es jetzt eine, und wäre nicht so im Gedränge. Der Wunsch nach einer deutschen Flotte ist also im gegenwärtigen Augenblick sehr natürlich, und wenn wir, was immerhin möglich ist, auch noch mit Holland und Schweden in Zwist gerathen sollten, so würde sich das Bedürfniß sehr dringend herausstellen. Vielleicht flößen dann die Beiträge, die jetzt nur spärlich eingehen, weit reichlicher. Mehr aber noch, als durch solche freiwilligen und – lästigen Beiträge, scheint eine Kriegsmarine dadurch entstehen zu können, daß kühnen Männern eine Aussicht auf reichen Gewinn eröffnet wird. Ueberlassen wir indessen diesen Gegenstand kundigeren Männern. Wir wollten nur darauf aufmerksam machen,

daß den Deutschen bis jetzt beinahe alle Seekunde fehlte, und daß die gegenwärtige Bedrängniß geeignet ist, sie etwas mehr darauf hinzulenken. Dazu kann ihnen ein Werk des Fregatten-Capitains R. Brommy in Athen die besten Dienste leisten. Das Buch „Die Marine vom Fregatten-Capitain R. Brommy. Mit zwölf Abbildungen, einer Flaggenkarte und neun Tabellen. Berlin bei A. Dunker 1848“ behandelt alles, was zum Verständniß des Unternehmens erforderlich ist, in einer so klaren Weise, dass es auch dem wenigst erfahrenen Laien ein lebendiges Bild des Ganzen wie des Einzelnen gewährt. So wie es angelegt und ausgestattet ist, verschafft es namentlich auch dem Leser von See- [320] romanen, wie den Kooperschen, oder von Seereisen und dergl. die Möglichkeit, mittelst eines angehängten Registers aller seemännischen Ausdrücke, die im Texte ihre nähere Erklärung finden, das Geschilderte sich deutlich vorzustellen. Es ist also in der einen wie in der andern Beziehung ganz an der Zeit.

Nr. 187. 15. August 1842.

Das widerrufliche Mandat.

Δ Wenn in unruhiger, zu Gewaltthätigkeiten geneigter Zeit eine Versammlung von Abgeordneten des Volkes zusammentritt, so wird leicht die Befürchtung laut, daß die aufgeregten Massen der Hauptstadt die Ruhe der Berathung stören, oder wohl gar die ganze Versammlung sprengen könnten. Woher der Reiz zu solchen Gewaltschritten? Sollte er nicht daraus entstehen, daß der gesetzliche Weg nicht offen genug ist? Wenn die Volksmassen eine Versammlung sprengen, so geschieht es darum, weil ihnen das Mittel fehlt, sie im gesetzmäßigen Wege aufzulösen. Der Fürst, der eine Versammlung auflösen kann, geräth nicht in die Versuchung, sie zu sprengen; es wäre ja unnützerweise ein Gewaltstreich. Ebenso würde das Volk lieber das gesetzliche Mittel, wenn es ihm freistünde, ergreifen, als das Recht des Stärkeren gebrauchen.

In der That fehlt dem Volke diejenige Befugniß, welche dem Fürsten gegeben ist, die Befugniß, eine Versammlung, wenn sie despotisch wird, aufzulösen. Dieser Mangel hat schon zu wiederholten Malen zur Gewaltanwendung geführt. Vielleicht könnte ihm abgeholfen werden.

Der einzelne Abgeordnete ist nicht ein Vertreter des ganzen Volkes, sondern der Vertreter seiner Wähler. Indem sie ihn als ihren Vertreter in die Versammlung schicken, schenken sie ihm das Vertrauen, daß er in ihrem Sinne und [321] zu ihrem Besten handeln werde. Benimmt er sich dort aber so, daß die Wähler in ihm nicht den Mann ihres Vertrauens sehen; erkennen die Wähler, daß sie sich in ihm getäuscht haben, und wünschen sie eine bessere Wahl zu treffen: was ist dann natürlicher, als daß sie wieder zusammenkommen, und einen besseren oder wenigstens ihnen erwünschten Abgeordneten ernennen? Es ist ihnen doch nicht zuzumuthen, daß sie bei einem Irrthum beharren sollen, der sich wieder gut machen läßt; sie sehen ihren Fehler hintennach ein, und es ist noch nicht – zu spät. Oder vielmehr, es wäre noch nicht zu spät, wenn man gesetzlich die Abberufbarkeit des Gewählten feststellte.

Geschieht das nicht, müssen die Wähler für die ganze Dauer einer Versammlung ihre theuersten Interessen einem Mann überlassen, der sich in ihr Vertrauen einzuschleichen gewußt hat und in dem sie später einen Unwürdigen entdecken: so hat das Gesetz nicht, wie es behauptet, die Wahl eines *Vertreters*, sondern die eines *Despoten* angeordnet. Denn ein Vertreter kann er nur so lange sein, als seine Wähler in ihm ihren Vertreter erkennen, so daß er sofort von seiner Stelle abtritt, sobald ihm die Wähler erklären, daß sie ihm nicht mehr vertrauen und einen anderen an seinen

Platz berufen. Ein Despot hingegen ist er, wenn er *unabrufbar* ist, da die Interessen seiner Wähler ganz in seine *Gewalt* gegeben sind.

Eben das ist es aber, was die Menschen in einem freien Gemeinwesen nicht wollen: sie wollen nicht, daß ihre Angelegenheiten in die *Gewalt* irgend eines Menschen gegeben seien, selbst wenn dieser Mensch nach *seiner* besten Ueberzeugung handelte und entschied. Bietet ihnen das Gesetz gegen den Gewalthaber keinen Schutz, und müssen sie sich ihm für immer unterwerfen, weil sie in dem Wahne, sich einen Vertreter zu wählen, einen Gewalthaber aufgestellt haben, so ist durch den Mangel im Gesetze der Reiz zu Gewaltthätigkeiten gegeben; denn wo das *Gesetz* [322] gegen *Gewalt* nicht hilft, da kann man sich nicht wundern, wenn *Gewalt* mit *Gewalt* vertrieben wird.

Mithin wird – dieß scheint nothwendig – der Kammerauflösung, welche dem Fürsten frei steht, die Deputiertenabberufung, zu welcher die Wähler jederzeit berechtigt sind, zur Seite treten müssen. Sie ist die unerläßliche Ergänzung zu jenem fürstlichen Rechte. Wie dieses den Fürsten gegen die Despotie der Kammer schützt, so hat die Abberufungsbefugniß die Wähler gegen die Despotie ihrer Gewählten zu schützen. Und damit die Abberufung ihre Wirkung nicht verfehle und nicht „zu spät“ komme, muß von einem Beschlusse der Kammer, welchen die Abberufenden mißbilligen, die Stimme des Abgerufenen abgezogen werden, so daß dieser Beschluß selber nichtig wird, sobald so viele Votirende abgerufen werden, daß die Zahl der für ihn Stimmenden zur Minorität wird.

Nur wenn so verfahren wird, kann man sagen, daß die Kammerbeschlüsse im Sinne der Majorität des *Volkes* gefaßt werden, während bei der Unabberufbarkeit gesagt werden muß, daß die Beschlüsse bloß im Sinne der Majorität der *Kammer*, d. h. der unabsetzbaren Gewalthaber gefaßt worden sind.

Nr. 211. 12. September 1848.

Reich und Staat.

Berlin, Ende August.

Δ Der Ruf nach einem Aufgehen der einzelnen deutschen Staaten im Deutschen Reiche wird keineswegs schwächer, daß man jenes Verlangen für eine vorübergehende Phantasterei halten könnte, es läßt sich vielmehr von Tag zu Tag immer lauter vernehmen, und verstummt selbst bei denen nicht, die mit dem unverantwortlichen Reichsverweser und der ganzen deutschen Nationalversammlung unzufrieden sind. Was liegt diesem Begehren zu Grunde?

[323] Man macht sich von dem, was das Deutche Reich sein soll, verschiedene Vorstellungen. Theils will man darunter einen Staatenbund, theils einen Bundesstaat, theils einen eigenen deutschen Staat verstehen. Es wäre so immer nur das in einem vergrößerten Maßstabe, was die einzelnen Staaten jetzt schon im kleinen sind: ein Staat und nicht ein – Reich, ein deutscher Staat und nicht ein deutsches Reich. In dem richtigen Gefühle, daß Reich und Staat nicht einerlei seien, hat man zwar für das einige Deutschland den Ausdruck „Reich“ angenommen; aber man ist des Gegensatzes so wenig bewußt geworden, daß man in demselben Athem ausruft: „Wir wollen einen einigen deutschen *Staat* bilden!“

Dagegen scheint jene Sehnsucht nach einem einigen Reiche gerade aus dem Ueberdruß am Staate, am Staatsleben und an der Staatenbildung entsprungen zu sein. Was ist das Reich anders, als,

um es mit einem andern Worte sinnfälliger zu bezeichnen, eine *Landsmannschaft*? Der Verkehr in einem Reiche ist ein landsmannschaftlicher, ein Verkehr von Landsleuten unter einander. Der Hannoveraner will, wenn er nach München reist, nicht bloß bairische Bürger, sondern Landsleute finden, und so umgekehrt. Das Interesse des Reiches und der Reichsbürger ist das des friedlichen landsmannschaftlichen Verkehrs, die Bürger eines Reiches bleiben Landsleute zu einander und können in den besten landsmannschaftlichen Beziehungen und Verbindungen miteinander stehen, ohne irgendwie zugleich Gesinnungsgenossen zu sein. – Nicht so die Bürger eines Staates. Das Band, welches die Staatsbürger verbindet, ist nicht das der gleichen Landsmannschaft, sondern das der gleichen Gesinnung; der Staat oder die Staatsgesellschaft ist eine *Gesinnungsgemeinschaft*. Hierin, wie überhaupt in Allem, gleicht der Staat der Kirche, nur daß der Staat eine Gesinnungsgemeinde, die Kirche aber eine Glaubensgemeinde ist.

[324] Staat und Reich sind mithin ihrem ganzen Wesen nach verschieden, da der eine zu seinem Bestande eine gleiche Gesinnung, der andere weiter nichts als eine landsmännische Verträglichkeit und Friedlichkeit des Verkehrs voraussetzt. Während der Staat bei seinen Bürgern keine entgegengesetzten Gesinnungen dulden kann, bleibt das Reich von der größten Gesinnungsverschiedenheit unberührt; ein monarchischer Staat z. B., in welchem ein großer Theil der Bürger in seiner Gesinnung umschlüge und eine republikanische Gesinnung offenbarte, würde das Schicksal einer Kirche haben, in der die Ketzerei um sich griffe: entweder müßte er, wie die Kirche der Andersgläubigen oder Ketzer, so die Andersgesinnten ausstoßen und ausrotten, oder er müßte zu Grunde gehen. Aehnlich der Kirche, welche nur durch die Rechtgläubigkeit besteht, besteht der Staat nur durch die rechte Gesinnung, und wie die Kirche um ihrer selbst willen gegen die Ketzerei nicht tolerant sein darf, so würde auch der Staat sich selbst vernichten, wenn er gegen die „schlechte Gesinnung“ Nachsicht üben, und z. B. eine „schlechte Presse“ dulden wollte. Eine schlechte Presse ist aber in einer Republik diejenige, welche antimonarchische Gesinnungen äußert, gleichwie in einer lutherischen Kirche derjenige ein schlechter, seines Amtes unwürdiger Prediger ist, der den lutherischen Glauben verfälscht, oder in einer katholischen derjenige, der einen dem Katholicismus entgegengesetzten Glauben verkündet.

Hiergegen nun verhält sich das Reich, weil es vom Reichsbürger keinerlei *Gesinnung*, sondern bloss ein friedliches *Benehmen* fordert, völlig gleichgültig; dem Reiche liegt ebenso wenig daran, ob seine Bürger nebenbei royalistisch oder constitutionell oder republikanisch u. s. w. gesinnt sind, als dem Staate (und z. B. Friedrich dem Großen, der durch und durch Staatsmann war) darauf ankommt, welchen kirchlichen Glauben die Staatsbürger haben, oder „auf welche Façon Jeder selig werden will.“ [325] Wenn die Anhaltiner z. B. unter sich eine Republik bilden wollten, so würde das Reich als Reich gegen die Bildung dieser republikanischen Gesinnungsgemeinde eben so wenig eine Einwendung machen, als es Einspruch thäte, wenn die Anhaltiner ihren Glauben änderten und katholisch würden. Nur wenn er verkennt, was das Reich im Unterschiede vom Staate ist, kann der Reichsverweser sich verleiten lassen, denselben Fehler zu begehen, in den diejenigen Fürsten geriethen, welche den Glauben der Staatsbürger überwachten und die Glaubensfreiheit unterdrückten. Erhält er hingegen die Bedeutung des Reiches in ihrer Reinheit, so werden die Fürsten dem Reiche und dem Reichsverweser gegenüber zu dem, was die Kirchen-Prälaten dem Staate und dem Staatsoberhaupte gegenüber sind: wie diese Mittelpunkte derjenigen Gläubigen sind, welche ihr Glaube um diese Mittelpunkte versammelt, so sind dann die Fürsten Mittelpunkte derjenigen Gesinnungsvollen, welche vermöge ihrer Gesinnung dieser Mittelpunkte bedürfen.

Dieser wesentliche Unterschied zwischen Reich und Staat scheint die Ursache zu sein, weshalb jetzt die Sehnsucht nach einem Aufgehen der einzelnen Staaten in das Reich so allgemein wird. Es ist das Ringen nach der *Freiheit*, aus dem Staatenverbande und dem Staatsbürgerthum ungestraft austreten zu können, oder mit anderen Worten: ein Reichsbürger zu sein, ohne ein Staatsbürger sein zu müssen. Dieser Drang wird zwar auch im Reiche seine volle Befriedigung nicht finden; aber er meint darin einstweilen wenigstens vor der Zwingherrschaft der Staatsbürgerlichkeit dieselbe Rettung zu finden, die der Staat dem Glaubenslosen vor der Zwingherrschaft einer intoleranten Kirchlichkeit bot.

Uebrigens drücken sich die Adressen, welche von allen Seiten her einlaufen, über den hier behandelten Gegenstand noch sehr unvollkommen aus und zeigen mehr Eifer für die Auflösung des preußischen Staates, als unparteiische Ein- [326] sicht in die Sache. Sie machen daher dem Staate auch ganz ungerechtfertigte Vorwürfe. So heißt es z. B. in einer der unumwundensten, der an die preußische Nationalversammlung gerichteten Adressen aus dem Kreise Reichenbach in Schlesien: „Ein preußischer Staat hat bisher nur als Conglomerat willkürlich durch Kaufverträge und Eroberung vereinter Länderstrecken, mit den am Boden geknechteten Unterthanen, als Privatbesitz, Domäne oder Fideicommiß einer Familie bestanden, nicht als freie Rechtsgemeinschaft eines Volkes.“ Das ist ebenso unwahr, als wenn man sagte, eine Kirchen- oder Glaubensgemeinde sei ein bloßes „Conglomerat“. Der preußische Staat bestand vielmehr aus Leuten, welche Alle ein und dieselbe *Huldigung* leisteten, oder ein und dasselbe Gesinnungsbekennniss, das Bekennniss der treuen Gesinnung für ihren Fürsten. Es war ein geistiges Band, ein Band der Gesinnung, welches Alle umschlang, und wogegen erst im März dieses Jahres laut und offen von einigen Seiten her protestirt wurde. Ebenso ist Folgendes unrichtig: „Ein besonderes preußisches Volk hat es nie gegeben; denn die gewaltsame Vereinigung mehrerer deutscher Stämme zu einem Unterthansverbande unter der souveränen preußischen Dynastie macht doch wohl noch kein Volk.“ Insofern unter Volk ein stammverwandtes, eine Nation, verstanden werden kann, hat es allerdings kein preußisches Volk gegeben, wie im Grunde auch kein britisches wegen der Iren und kein französisches wegen der Elsässer und Anderer; aber ein Volk, d. h. eine Gesellschaft von preußischen *Staatsbürgern* hat es allerdings gegeben, und allerdings macht die Dynastie sie zu einem Staatsverbande, wie der Papst alle Katholiken zu einer großen einigen Kirchengemeinde machte. „Wir sind“, sagt die Adresse, „keine Preußen mehr, weil wir keine Unterthanen des absoluten preußischen Königs mehr sind, und können es ohne alle Bedingungen einer vernünftigen Bestimmung und zum Gefallen [327] der Weiterregierung unserer Dynastie nicht mehr sein wollen. – Möge der Reichsverweser verantwortlich oder unverantwortlich ernannt sein, mag er auch neben seiner Haupteigenschaft ein tüchtiger Mann, als Mann des Vertrauens der ganzen deutschen Nation, auch die noch haben, zufällig ein österreichischer Prinz zu sein: als solcher ist er nicht gewählt worden; wir huldigen ihm allein als tüchtigem, edlem Menschen; allein, weil er die Idee der Einheit Deutschlands verkörpert und somit der erste, feste Punkt ist in dem Begründungsbau unserer Gesamtfreiheit.“ Das klingt immer noch so, als wenn sich die Adressanten nur nach einem *größeren Staate*, nach einem Gesamtstaate, sehnten. Sie sind sich darüber nicht klar, daß es weniger die „Gesamtfreiheit“, als die *Freiheit vom Gesinnungszwange* ist, was sie dahin bringt, der Dynastie (d. h. dem Staate) ihren Abfall und dem Reiche ihre Sympathie zu erklären.

Nr. 219. 21. September 1848.

Mangelhaftigkeit des Industriesystems.

△ So leichtsinnig das Versprechen der provisorischen Regierung Frankreichs war, welche am 25. Februar nur zwei Tage verlangte, um dem Volke „die Ruhe wiederzugeben, welche Arbeit schafft“, so endlos sind auch die Vorwürfe, welche man ihr bald nachher machte und täglich wieder macht. Als ihr Hauptverbrechen wirft man ihr die Nationalwerkstätten und die Verkürzung der Arbeitszeit vor. Beides sind unstreitig Einrichtungen, die sich unter den bestehenden Erwerbsverhältnissen nicht bewähren können und nicht aufrecht erhalten lassen. Wenn aber jetzt die Bürger sich über diese „Verhättschelungen der Arbeiter“ beklagen und alle Schuld auf die Regierung schieben, so dürften sie sich doch allzusehr weißbrennen. In den ersten [328] Tagen nach der Februarrevolution waren die Bürger selbst darauf bedacht, die wilden Leidenschaften der Arbeiter zu beschwichtigen, und gerne bereit, Opfer zu bringen, um „dem Volke die Ruhe wiederzugeben, welche Arbeit schafft.“ Und für den Augenblick schafften jene „Verhättschelungen“ wirklich einige Ruhe und ließen hoffen, daß man Zeit gewinnen werde. Deshalb mochten sie denselben Bürgern, die heute darin ein Verbrechen der Regierung sehen, damals wohl nicht so ekelhaft erscheinen und als Auskunftsmittel gegen proletarische Stürme willkommen sein.

Worin besteht aber die heutige Klugheit der Tadler? Doch nur darin, daß sie einsehen, wie die bestehenden Gewerbsverhältnisse sich mit dem Institut der Nationalwerkstätten und mit verkürzter Arbeitszeit nicht vertragen. Durch die Nationalwerkstätten geht die Privatindustrie zu Grunde, und unerschwingliche Summen von den Staatsgeldern werden erfordert. So berechnet man z. B., daß der Quadratmetre Erdarbeit, welcher 40 Centimes hätte kosten sollen, auf 8 Franks zu stehen kam, und daß ein Tagelohn von 2 Franks nur für 10 Centimes Arbeit lieferte; daß die Schuhmacher dieser Werkstätte Schuhe für 8 Franks lieferten, die man zu 4 und 6 Franks verkaufte und so den freien Arbeitern ihren Absatz verdarben u. s. w. Das alles ist augenfällig und verurtheilt die Nationalwerkstätten.

Allein wenn die neuen Einrichtungen, durch welche die provisorische Regierung die vorhandenen Uebel zu lindern gedachte, nichts taugen, so folgt daraus noch keineswegs, daß man zu dem alten Industriesystem, wie es seit der ersten Revolution sich zu hohem Flor entwickelt hat, zurückkehren könne, denn man möge dieses System noch so sehr loben, ein ungeheurer Mangel wenigstens in seinen Resultaten ist nicht wegzuleugnen. Es hat seit etwa sechzig Jahren Freiheit gehabt, sich zu entfalten, und was ist heute das Endergebniß? Eine ungeheure Dürftigkeit und Hunger- [329] leidelei der bei weitem größten Zahl von Menschen! – Nach einer in Nr. 215 dieser Blätter unter der Aufschrift „Gewerbsresultate“ angestellten Vergleichung zwischen den Jahren 1805 und 1848 hat sich in Preußen die durchschnittliche Verzehrung von Getreide und Fleisch innerhalb dieses langen Zeitraumes fast gar nicht vermehrt, und unzählige Menschen müssen heute wie damals aller Fleischnahrung entbehren; sie sind also durch die „erstaunliche Blüthe der Industrie“ um nichts gebessert. Das ist der faule Fleck jenes Systems und zugleich der Grund, warum die provisorische Regierung Frankreichs (denn das System hatte überall dieselben Wirkungen, in Frankreich wie in Preußen) zu ihren falschen Maßregeln griff. Nicht die Regierung ist schuld, sondern das System. Eben dieses System hatte ja bis zum Februar 1848 den Nothstand geschaffen, den die provisorische Regierung vorfand, und den die Arbeiter abzuschütteln suchten, als ihnen mit der politischen Revolution ein günstiger Augenblick gekommen zu sein schien. Wenn daher die jetzigen Vertreter des französischen Volkes dadurch einen geordneten Zustand zurückführen zu können meinen, daß sie ohne wesentliche Aenderung zu dem

alten System zurückkehren, so greifen sie noch mehr fehl, als selbst die provisorische Regierung, die wenigstens die Unhaltbarkeit jenes Nothstandes erkannte. Frankreich hat Naturkräfte genug, um seine Bewohner unendlich besser zu nähren, als es bis jetzt geschehen ist: das fühlen heute die Franzosen. Da sie aber einmal diese Möglichkeit fühlen und von ihren Socialisten unablässig darüber aufgeklärt werden, so ist es ein eitles Bemühen, sie wieder auf ihre frühere Genügsamkeit zurückzubringen. Sie werden immer dringender fordern, daß Frankreich sie gut ernähre, weil es sie gut ernähren *kann*, wenn es richtig bewirthschaftet wird. Mit anderen Worten: sie werden eine *neue Wirthschaft*, ein neues Wirthschaftssystem fordern, dessen erster Artikel eine Umgestaltung [330] der bisherigen Landwirthschaft sein wird. Frankreich kann mehr für das Wohlsein seiner Kinder liefern; folglich soll es auch mehr liefern. Von diesem Verlangen, scheint es, werden die Kinder Frankreichs nicht mehr abstehen.

Nr. 220. 22. September 1848.

Deutsche Kriegsflotte.

Δ Als Traum lebt eine deutsche Kriegsflotte schon seit Jahren in unserer Presse; endlich scheint es mit den Utopien etwas mehr Ernst zu werden: es laufen nicht nur Beiträge, wenngleich geringe ein, sondern es beschäftigen sich auch sachverständige Männer theoretisch mit dem Plane. Adalbert, Prinz von Preußen (ein Vetter des Königs) entwickelt in einer „Denkschrift über die Bildung einer deutschen Kriegsflotte“ dreierlei Möglichkeiten für Deutschland. Man könne entweder 1) eine Kriegsmarine zu rein defensiver Küstenvertheidigung, oder 2) eine solche zur offensiven Vertheidigung und zum nothwendigsten Schutze des Handels, oder endlich 3) eine selbständige Seemacht schaffen. Der Prinz hat dabei „vorläufig“ bloß Norddeutschland im Auge und macht in Betreff der Küstenverhältnisse des adriatischen Meeres nur die Bemerkung, „daß es für das einige Deutschland von hoher Wichtigkeit sein dürfte, wenn ihm der treffliche österreichische Kriegshafen von Pola, an der Südspitze Istriens, zufiele, da Hafen und Rhede von Triest dermaleinst, abgesehen von dem merkantilen Vortheile einer deutschen Seemacht schwerlich den Verlust Pola's ersetzen könnten. Die Eisenbahnverbindung zwischen dem adriatischen Meere und der Ost- und Nordsee würde die Sendung von Matrosen, Vorräthen u. s. w. von einem Meere zum andern in wenigen Tagen möglich machen: gewiß ein wichtiger Umstand für eine künftige deutsche Kriegsmarine.“ Auf eine Kriegsflotte [331] in unserem Norden dringt Adalbert hauptsächlich um der Gefahren willen, mit denen Deutschland von Seiten Rußlands bedroht ist. Die offene Sprache gegen Rußland aus dem Munde eines preußischen Prinzen ist immerhin merkwürdig, wenn sie sich auch anscheinend nur auf das Strategische bezieht. Adalbert sagt: „Fragen wir uns: was würde die geringste Zahl von Linienschiffen sein, um als selbständige Flotte in den europäischen Gewässern, namentlich der allzeit fertigen russisch-baltischen Flotte gegenüber, zu agiren, so glauben wir zwanzig Linienschiffe als das Minimum einer Seemacht annehmen zu müssen, die sich mit ihr messen könnte. Ein geringeres Geschwader würde nicht ausreichen, denn es würde unserem nächsten und gefährlichsten Nachbar – der russischen Ostseeflotte – gegenüber zu schwach sein. Rußland soll unser gefährlichster Nachbar sein? wird man einwerfen; wie ist das möglich? Ja allerdings verhält es sich so. Denn während England nie eine so große Flotte im tiefen Frieden, selbst nicht einmal im Mittelmeere concentrirt, als Rußland in jedem Sommer im baltischen Meere vereinigt, braucht es bei seinem mangelhaften Conscriptiionsgesetze viele Monate, um eine so große Zahl von Linienschiffen zu bemannen, als Rußland auf den ersten Wink des Kaisers in See zu stellen vermag.“ Achtzehn Linienschiffe

kreuzen nämlich in jedem Jahre während der vier Sommermonate in der Ostsee, während neun andere (ungerechnet ein paar Schiffe zur Reserve) stets bereit liegen, um jeden Augenblick armirt zu werden. Die deutsche Flotte würde aber gegen Rußland günstig stehen, da sie bereits drei bis vier Wochen früher in See, mithin im Evolutioniren hinlänglich geübt, die feindliche, noch im Eise eingeschlossene leicht in ihrem Hafen blockiren kann oder wohl gar im Stande ist, sich zwischen das Geschwader von Reval und die Flotte von Kronstadt zu werfen, beide zu trennen und vielleicht einzeln zu schlagen.

[332]Was nun die dreierlei Möglichkeiten einer deutschen Kriegsflotte betrifft, so würde nach Prinz Adalbert's Meinung die deutsche Flotille, wenn sie nur zur Vertheidigung der Küsten dienen soll, im Minimum bestehen müssen aus 40 Jaffelkanonenbooten des großen holländischen Modells, und 80 Kanonenschaluppen, wozu nach Umständen noch eine Anzahl Kanonenjollen hinzutreten würden. Vor Allem, sagt er, dürften uns diese Fahrzeuge in den Stand setzen, die inneren Fahrwasser zu behaupten, auf diese Weise die russische Flotte vor ihrer Armee zu isoliren und so die mannigfache Unterstützung, welche die See- und Landmacht gewähren könnte, zu verhindern. „Wer will es leugnen, daß Rußland im Stande ist, uns auf seiner baltischen Flotte mit einem Male dreißigtausend Mann auf den Leib schicken?“

Sollte die Kriegsmarine aber zur offensiven Vertheidigung und zum nothwendigsten Schutze des Handels dienen, so dürfte ihr Minimum angenommen werden: 6 Fregatten von 60 Kanonen, 12 Dampfcorvetten oder Dampffregatten von beiläufig 850 bis 1300 Tonnen und 350 bis 560 Pferdekraft, 40 Jaffelkanonenboote, 80 Kanonenschaluppen, einer Anzahl Kanonenjollen und gemietheter Bugsirdampfboote.

Es ist hierbei nicht daran zu denken, eine selbständige Rolle auf der See spielen zu wollen. Eine solche Marine würde einer der großen Seemächte gegenüber nur eben hinreichen, die deutschen Küsten zu schützen. Der Haupthafen wäre in der Elbe entweder in der Umgegend von Glückstadt oder bei der Insel Krautsand anzulegen.

Der dritte Fall ist endlich der, daß Deutschland sich zu einer selbständigen Seemacht erhebt. Diess würde im Minimum erfordern: 20 Linienschiffe, 10 Fregatten, 30 Dampfer, 40 Jaffelkanonenboote, 80 Kanonenschaluppen u. s. w.

Eine solche Flotte zu bemannen wäre Deutschland sehr wohl fähig, wie sich aus dem jetzigen Stande seiner Rhe- [333] derei berechnen läßt. Der Hauptkriegshafen müßte dann Danzig sein, dessen Wichtigkeit sowohl Napoleon als Peter der Große erkannte: jener ging mit dem Plane um, hier einen großen Kriegshafen anzulegen, und Peter bedauerte es, daß ihm dieser strategische Punkt nicht gehörte, um hier seine Flotte zu stationiren. Danzig liegt an der breitesten Stelle der Ostsee, an dem Wendepuncte, wo die Südküste derselben sich an die Ostküste anschließt; es flankirt mithin jede von dem Finnischen Meerbusen nach dem Sundee gerichtete Bewegung der russischen und umgekehrt auch jeden von einer englischen Ostseeflotte gegen Kronstadt geführten Stoß und nimmt ihn im Rücken, deckt gleichzeitig den deutschen Armeen die Flanke und schützt ebenso die weiter westlich gelegenen Küsten durch seine Offensiv-Fähigkeit.

Die jährlichen Gesamtausgaben für eine solche Marine dürften, wenn man die Baukosten der Flotte und der Häfen auf zehn Jahre vertheilt, zwischen acht und neun Millionen Thaler zu veranschlagen sein.

Nr. 222. 24. September 1848.

Bazar.

Δ Die durch die Zeitverhältnisse und namentlich durch den in Folge derselben tief gesunkenen Credit mit dem Untergange bedrohte Industrie rief um Hülfe, und die preußische Regierung glaubte diesem Rufe durch die Creirung von Darlehnskassen entsprechen zu können. Es wurde ein Papiergeld, sogenannte Darlehns-Cassenscheine im Betrage von 10 Millionen Thaler ausgegeben, womit auf sicheres Unterpfang von Waaren oder geldwerthen Papieren Darlehne bis auf die Höhe des halben Werthes des Pfandes gegeben werden sollen. Dieses Institut leistet aber nicht, was damit bezweckt wird. Denn was zunächst den Schuldner [334] betrifft, so wird ihm dadurch geschadet, daß er durch die Verpfändung seiner Waaren die Disposition über dieselben einbüßt, wodurch sie leicht bis zur Wiedereinlösung entwerthet werden können; der Darlehengeber aber, der Staat, unterliegt der Gefahr der Nichteinlösung und wird bei dem darauf eintretenden Zwangsverkaufe nur selten die vorgeschossenen Gelder wiederbekommen; endlich aber erleidet der Handelsstand im Allgemeinen Nachtheile, indem die Waaren bei den Versteigerungen zu äußerst niedrigen Preisen weggehen und so der ganze Markt gedrückt wird.

Die Rücksicht auf diese Nachtheile hat den Kaufmann Neumann bewogen, in einer kleinen Schrift („Die Reorganisation des Handels durch die Erweiterung des Instituts der Darlehnskassen zu einem Central-Handels-Bazar. Berlin bei Reuter & Stargardt“) auf die Umgestaltung des Instituts zu dringen und vorzuschlagen, daß man es aus einer einfachen Pfandleihe zu einem Central-Handels-Depot umschaffe. Die Waaren, die jetzt für den Verkehr todt daliegen, sollen unter der speciellen Aufsicht des Darlehensinstitutes für den Verkauf disponibel sein, so daß sie im Interesse des Pfandgebers jederzeit, wenn sich geeignete Gelegenheit dazu bietet, verwerthet werden können. Indem auf diese Weise den Kaufleuten Gelegenheit gegeben wird auf ihre Waaren Geld zu erhalten, ohne daß diese Waaren dem Markte entzogen werden, indem also ferner dem Kaufmann dadurch Vortheile geboten werden, die nicht einen größeren Schaden als Gegengewicht haben, die Wahrnehmung solcher Vortheile aber dem Credit nicht schaden kann, so können und werden sehr viele Kaufleute, namentlich Fabrikanten, welchen der schwierigste, eine sorgfältige Fabrikation am meisten beeinträchtigende Theil ihres Geschäftsbetriebes hierdurch abgenommen wird, dieses Institut benutzen. Durch diese Betheiligung Vieler im großartigsten Maßstabe wird aber der Staat eine sehr bedeutende Revenue sich verschaffen und das Institut das [335] werden, was es seiner Bestimmung gemäß in der That sein soll: das Centrum des Handels für den ganzen Staat.

Es ist kein Zweifel, daß das Institut erst durch die hier vorgeschlagene Bildung eines Bazars, der eine Art permanenter Gewerbeausstellung wäre, denjenigen Nutzen bringen könnte, den es zu stiften bestimmt ist. Freilich käme ein solcher Bazar im Großen zunächst nur der Hauptstadt und etwa einer oder der andern größeren Stadt zu Gute, die dadurch zu Centralhandelspunkten würden. Im Kleineren könnten jedoch auch andere Städte ihre öffentlichen Verkaufshallen einrichten und sich bei dieser Associirung durch Darlehen entweder vom Staate oder mittelst eigener Association unterstützt, besser stehen, als es bei dem bisherigen Einzelverkaufe möglich war.

Der Zwischenhandel würde allerdings darunter leiden, was auch der Verfasser zugibt. Allein ich halte, sagt er, die Rückwirkung auf den Zwischenhandel gerade für eine Empfehlung meines Plans. Der Zwischenhandel in seiner jetzigen Gestalt hat sich überlebt. Derselbe soll der Vermittler zwischen Producenten und Consumenten sein und diess auf die schnellste und zweckmäßigste Weise bewirken. Diess thut der Zwischenhandel in seiner jetzigen Gestalt aber nicht,

vielmehr hängt er sich der Fabrikation gleichsam als Parasit an und vertheuert dieselbe um 10 bis 15 Procent, wodurch die Schwierigkeit der Concurrenz mit anderen Ländern nur um so viel vermehrt wird. Mit Recht unterstützt und fördert man auf jede mögliche Weise, z. B. durch Patente u. s. w. das Maschinenwesen, allein so sehr dasselbe als eine Wohlthat für die Menschheit betrachtet werden muß und deßhalb jede Aufmunterung verdient, so werden durch die Maschinen doch nur einzelne Fabrikationsmethoden erleichtert und daher auch nur die Preise einzelner Artikel ermäßigt. Durch die Vereinfachung des Zwischenhandels dagegen würde der Kostenpreis sämtlicher Waaren vermindert werden, wodurch also die Con- [336] sumenten bedeutende Vortheile haben würden, ohne daß die Fabrikanten etwas verlören. Die Zwischenhändler endlich, welche ihren für die Gesammtheit unproductiv gewordenen und deßhalb nachtheiligen Beruf aufgeben, werden sich der nützlichen Classe der Producenten anschließen und so den allgemeinen Wohlstand erhöhen helfen. In England und Frankreich, also in den Ländern, welche uns in der Industrie überlegen sind, ist in der That ein Zwischenhandel, wie der unsrige, nicht vorhanden. In England kennt man weder Messen noch das bei uns herrschende Borgsystem. Die Waaren derselben Gattung werden in bestimmten Districten fabricirt, dorthin begeben sich desshalb die Käufer, um ihre Einkäufe zu machen, und so wird der Fabrikant seine Waare gegen baares Geld in seinem Hause oder auf den nahen, wöchentlich stattfindenden Märkten los. In Frankreich ist eine, dem von Neumann vorgeschlagenen System sich annähernde Praxis üblich. Dort concentrirt sich das ganze Geschäft in Paris, das den Stapelplatz für ganz Frankreich bildet und gleichsam eine permanente Messe repräsentirt.

Seitenumbruch nach: Max Stirner: Kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes „Der Einzige und sein Eigentum“. Faksimilie-Neudruck der 2. Auflage Berlin 1914. Hrsg. von John Henry Mackay. (frommann-holzboog) Stuttgart-Bad Cannstatt 1976. 417 pp.